

zwischen im Umfeld von Berlin längst so, weil eben sehr viele Berliner dorthin gezogen sind. Da gibt es, denke ich, auch keine große Befürchtung mehr, wenn man die Frage stellen würde: Was denkt ihr denn über den Fusionstermin?

Anders sehe ich das zweifelsohne noch, wenn man in der Uckermark, in der Prignitz oder bei mir im Fläming oder in der Lausitz fragt. Aufgrund der guten Pendlerbeziehungen, die wir auch aufgrund der besser gewordenen Verkehrsanbindungen - Frau Tack, das gehört zur Ehrlichkeit dazu - untereinander haben, ist das wesentlich besser geworden. Das wird auch mehr und mehr die Herzen der Menschen erreichen. Mehr und mehr wird ein Empfinden dafür da sein, dass wir eine Region sind und dass wir irgendwann auch ein Bundesland werden können.

Ich danke der Landesregierung, und ich danke dem Senat für den Bericht und wünsche uns allen noch einen schönen Abend. - Danke.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Fritsch:**

Der Abgeordnete Nonninger setzt für die DVU-Fraktion die Aussprache fort.

**Nonninger (DVU):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Länder Berlin und Brandenburg werden nicht als gemeinsame Region wahrgenommen. Die 20 Staatsverträge und weiteren Vereinbarungen manifestieren vielmehr eine Kooperationskultur, wie sie auch zwischen anderen Bundesländern besteht. Entscheidend ist jedoch, wie sich die beiden Bundesländer den Bürgerinnen und Bürgern nach außen darstellen.

Der vorliegende Fortschrittsbericht soll einen treffenden Überblick über die Entwicklung der Zusammenarbeit in den verschiedenen Themenfeldern geben, schwerpunktmäßig in den Bereichen Wirtschaft und Verkehr. Im Fokus stehen für den Berichtszeitraum November 2007 bis Oktober 2008 die Entwicklung des neuen Flughafens Berlin Brandenburg International und seines Umfeldes sowie die Realisierung der notwendigen Verkehrsanbindungen. Im Gegensatz zur linksextremen Opposition und zu einzelnen Abgeordneten der SPD haben wir sowie andere Demokraten in diesem Haus auch die strukturpolitische Bedeutung des BBI von Anfang an erkannt und politisch unterstützt. Das Ziel, durch die Inbetriebnahme des BBI 40 000 Arbeitsplätze zu schaffen, vor allem aus Gewerbeansiedlungen im Umfeld, hat uns von Anfang an politisch geleitet.

Wie sieht es allerdings nach den Jahren der Planungen wirklich aus? - Die Umfeldentwicklung des BBI bewegt sich nach wie vor auf der Ebene eines Dialogprozesses. Erst im Mai 2008 wurde ein Maßnahmenkonzept zur räumlichen Entwicklung im Flughafenumfeld vorgelegt. Letztlich sollten bis Ende 2008 lediglich die Voraussetzungen geschaffen werden, um das Dialogforum in regionaler Verantwortung fortsetzen zu können. Entsprechend gering ist die Aussagekraft des daraus abgeleiteten Planatlasses, der unter der Federführung der gemeinsamen Landesplanungsabteilung veröffentlicht wurde.

Noch magerer sieht es bei der Verkehrsanbindung des BBI aus. Aufgrund der sich verzögernden Fertigstellung der Dresdener

Bahn zwischen Berlin-Südkreuz und Blankenfelde kann der geplante Flughafenshuttle zum avisierten Fertigstellungstermin im November 2011 nicht zwischen Berlin-Hauptbahnhof und BBI verkehren.

Auch im S-Bahn-Verkehr zwischen dem Flughafen und der Berliner Innenstadt gibt es aufgrund von Sperrungen bis 2014 erhebliche Behinderungen.

Was uns als DVU-Fraktion große Sorgen bereitet, ist aber nicht einmal so sehr der zähe Planungs- und Umsetzungsprozess, sondern vielmehr die Tatsache, dass der Berliner Wirtschaftssenat und das brandenburgische Ministerium für Wirtschaft mit dem Aufbau der Wirtschaftsstrukturen im Umfeld des BBI ausschließlich die beiden Wirtschaftsförderungsgesellschaften Berlin Partner GmbH und ZukunftsAgentur Brandenburg beauftragt haben. Beide Wirtschaftsressorts konnten gesellschaftsrechtlich bisher nicht zusammengeführt werden, ja, noch nicht einmal zur Gründung einer gemeinsamen Steuerungsgesellschaft haben es Senator Wolf und Minister Jungmanns gebracht.

Gerade die gemeinsame Investorenwerbung im Rahmen der Flughafenumfeldentwicklung würde hier eine gesellschaftsrechtliche Vernetzung aber deutlich seriöser erscheinen lassen.

Kurz und gut: Wir nehmen diesen Bericht zur Kenntnis, aber nicht allzu ernst.

(Beifall bei der DVU)

**Präsident Fritsch:**

Die Abgeordnete Richstein spricht für die CDU-Fraktion.

**Frau Richstein (CDU):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe fast das Gefühl, dass ich die einzige bin, die ein bisschen Wasser in den Wein schütten wird; denn ich lese den Bericht schon ein wenig anders.

Erst einmal möchte ich die beiden Landesregierungen zu der gestrigen gemeinsamen Sitzung beglückwünschen. Ich hätte es mir gewünscht, dass wir vielleicht erst die Debatte im Landtag geführt hätten, damit die Landesregierungen einen Impuls aus den Parlamenten hätten mitnehmen können.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Das ist natürlich kein Vorwurf. - Herr Görke, schön, dass Sie so klatschen. Ich glaube, die Parlamentarischen Geschäftsführer hatten es vereinbart, den Bericht in der Dezember-Tagung herunternehmen,

(Görke [DIE LINKE]: Deswegen! Genau deswegen!)

sodass wir es uns selber zuzuschreiben haben und es nicht der Landesregierung zuschreiben können. Aber es wäre trotzdem ein schöner Schritt gewesen, das so zu machen.

(Zurufe von der Fraktion DIE LINKE: Dafür blieb wegen der Bombenentschärfung keine Zeit!)

- Nein, das ist eine Frage der Zeitplanung, keine Frage der Bomben. So weit in die Geschichte müssen wir auch nicht zurückgehen.

Aber nicht beglückwünschen kann ich die Landesregierung zum Bericht. Vielleicht lese ich ihn anders. Das Schöne, was der Bericht zeigt, ist, dass wirklich die Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern Realität geworden ist, aber mehr auch nicht. Einmalig ist diese Situation sicher, aber hätte Berlin noch einen Berührungspunkt zu einem anderen Land, wäre die Situation schon wieder entspannter. So können die Berliner nicht ohne uns - und wir können jederzeit mit den Berlinern.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns einmal zurückblicken! Warum haben wir eigentlich diesen Fortschrittsbericht? 1996 - vor nunmehr 13 Jahren - hatten wir eine Abstimmung über den Fusionsvertrag zwischen den beiden Ländern. Wir kennen das Ergebnis: Er ist gescheitert.

2003, wo man schon auf einem guten Weg war...

(Unruhe im Saal)

- Wäre es möglich, für Ruhe zu sorgen, Herr Präsident?

2003 hatte dann der Ministerpräsident, als man schon bei der Planung eines neuen Fusionsanlaufs war, Zweifel an der Realisierbarkeit der geplanten Volksabstimmung. Als neuer Termin - das sollten wir uns auch auf der Zunge zergehen lassen - war eigentlich die Bundestagswahl 2010 vorgesehen. Nachdem sie vorgezogen worden war, nämlich auf 2009, also dieses Jahr, kam dann das endgültige Aus. So ist in Etappen still und heimlich der Fusionsgedanke zu Grabe getragen worden.

Eines möchte ich ganz klar vorausschicken: Das Wahlkampfthema wird nicht die Länderfusion sein. Wir sollten dieses Thema an diesem Punkt nicht zerreden. Wir müssen aber auch ganz klar mit der Problematik umgehen und eine Lösung für die Menschen in unseren Ländern aufzeigen. Es reicht nicht aus, dass wir nur das Gleisbett herrichten, sondern wir müssen auch irgendwann, um das Ziel zu erreichen, die Schienen verlegen, damit der Zug eine Richtung bekommt, damit er eine Orientierung hat.

Ich danke ausdrücklich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Landesverwaltungen, die an diesem Fortschrittsbericht gearbeitet haben. Wenn man sich das Endprodukt anschaut, ist es keine handwerkliche Geschichte, sondern eine politische Entscheidung. Hier setzt auch meine Kritik an dem Fortschrittsbericht an: Zum einen sind es viele Kleinigkeiten, ich würde fast sagen, Banalitäten, die aufgelistet werden, zum anderen ist es nur ein Tätigkeitsnachweis.

Als Banalität empfinde ich zum Beispiel, dass uns mitgeteilt wird, dass sich aufgrund der Eröffnung der Bundesautobahn 113 die Fahrtzeit vom BBI zum Kurfürstendamm um 25 Minuten verkürzt. Bei einem Blick auf die Pendlerzahlen stellt man fest, dass der Hinweis auf die Pendlerverflechtung interessant ist. Er spricht aber nicht für eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen den Ländern, sondern einfach davon, dass wir eine unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklung in den Ländern haben und die Menschen eben dort Arbeit suchen, wo Arbeit vorhanden ist.

Uns wird mitgeteilt, dass sich ein runder Tisch gebildet hat, damit sich Polen und die Ukraine auf die EURO 2012 vorbereiten können.

Schön; vieles ist nicht neu - es ist ein Tätigkeitsbericht -, wenn uns gesagt wird, dass die seit 1993 bestehende Kooperation beider Länder im Bereich der Ausbildung höherer Polizeivollzugsbediensteter fortgeführt wurde oder dass im Rahmen des integrierten Klimaschutzmanagements seit 2004 zweimal jährlich die hierfür eingerichtete Lenkungsgruppe tagt.

Wir haben - als letztes Beispiel - in den Berichten 2005, 2006, 2007, 2008 immer den gleichen Tagesordnungspunkt auffinden können, nämlich dass inhaltsgleiche Ausbildungs- und Prüfungsanordnungen für den Strafvollzugsdienst erarbeitet werden sollen. Ich bin froh, dass die Verordnungen jetzt am 01.01.2009 in Kraft getreten sind und sich der Punkt erledigt hat.

(Zuruf des Abgeordneten Vietze [DIE LINKE])

- Ja, auch das geht in einer Demokratie, Herr Vietze, wenn es Sie auch ein bisschen verwundern mag.

Es gibt aber durchaus Gemeinsamkeiten mit Ihnen, Frau Tack. Mir fehlt nämlich auch der Ausblick, wohin die Reise eigentlich gehen soll. Wollen wir die Fusion, oder wollen wir sie nicht? Wollen wir darauf hinarbeiten oder nicht? Wenn ich mir die Planung für das Stadtschloss anschau, stelle ich fest: Wir planen für 150 Abgeordnete, für ein gemeinsames Parlament. Ich kann aber nicht erkennen, dass bei Bauvorhaben der Landesregierung einmal die Frage gestellt wird: Reicht beispielsweise das unlängst gebaute Ministerium, beispielsweise das Finanzministerium, als gemeinsames Ministerium für beide Länder?

(Vereinzelt Beifall bei der DVU)

Es ist richtig, und es ist wichtig, dass wir sagen: Wir bauen ein gemeinsames Parlament. Es ist auch richtig, dass wir den Platz übergangsweise nutzen und dem Landesrechnungshof einen Platz anbieten. Was aber nicht sein kann, ist, dass wir heute schon wissen, dass wir eigentlich keine Fusion wollen, sondern ein kleines Parlament, und es dann eine Dauerlösung ist, dass zwei Verfassungsorgane unter einem Dach Platz finden, wir nämlich Landesrechnungshof und Landtag einfach zusammenschieben. Dann ist es halt ein bisschen kuscheliger. Das sollten wir im eigenen Verständnis nicht wollen, sondern wir müssen eine Lösung für die Situation suchen, wobei das Beste für beide Länder im Grunde die Fusion wäre. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

#### **Präsident Fritsch:**

Wir sind am Ende der Rednerliste zu diesem Tagesordnungspunkt angelangt. Ich habe aber die Anmeldung einer Kurzintervention. Dazu erhält der Abgeordnete Baaske das Wort.

#### **Baaske (SPD):**

Verehrte Kollegin Richstein, ich hatte eben den Eindruck, Sie reden für die Berliner CDU, die in der Opposition ist, aber nicht für die brandenburgische CDU,

(Heiterkeit bei der Fraktion DIE LINKE und vereinzelt bei der SPD)